

Luzerner Zeitung

Dienstag, 8. August 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 181 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Starke Reaktion

Kariem Hussein erreicht
den WM-Final über
400 m Hürden. 35

Berset warnt die Jungen vor Nein

Altersvorsorge Der SP-Magistrat droht
mit einem Totalausfall der AHV-Rente.

Kari Kälin

Die flauere Zeit im Abstimmungs-
kampf zur Altersvorsorge ist vor-
bei. Gestern hat Bundesrat Alain
Berset (SP) in einem Interview
mit dem «Tages-Anzeiger»
gegenüber der jungen Genera-
tion eine Drohkulisse aufgebaut:
«Wenn ihr Nein stimmt, könnt
ihr nicht sicher sein, dass ihr noch

«Wenn ihr Nein
stimmt, könnt ihr
nicht sicher sein,
dass ihr eine AHV-
Rente bekommt.»

Alain Berset (SP)
Bundesrat

eine AHV-Rente bekommt», sag-
te der Innenminister. Denn die
Kassen würden sich langsam,
aber unerbittlich leeren. Die Vor-
lage sei auch ein Fortschritt für
die junge Generation.

Der Luzerner FDP-Ständerat
Damian Müller wertet Bersets
Aussagen als Augenwischerei:
«Er hat gemerkt, dass die Fakten
nicht für die Reform sprechen.
Deshalb flüchtet er sich jetzt in
Drohungen», sagt Müller. Man
müsse die Vorlage ablehnen, um
den Weg für eine zukunftswei-
sende Reform zu ebnet. Der Lu-
zerner CVP-Ständerat Konrad
Graber hingegen hält es für un-
realistisch, innert kurzer Zeit
eine mehrheitsfähige Alternative
zu präsentieren. Er nimmt Bun-
desrat Berset in Schutz: «Seine
Aussagen stimmen mit der Rea-
lität überein.»

Kommentar 6. Spalte

3

Wegen Fluglärm: Gemeinderat stellt Bedingungen



Emmen Auf dem Flugplatz steigt die Zahl der Kampffjetflüge (im Bild
eine F/A-18) nächstes Jahr massiv an. Dies lässt den Unmut in der
Bevölkerung und bei Verbänden wachsen. Gemeindepräsident Rolf
Born wiederum will mehr Flüge nur akzeptieren, wenn auch mehr
Jobs geschaffen werden. 15/19

Bild: Philipp Schmidli (Emmen, 7. August 2017)

Kommentar

Bersets Gössi-Moment

Die Reform der Altersvorsor-
ge ist ein Milliardenprojekt.
Dennoch verlief der Abstim-
mungskampf bis jetzt flau.
Lediglich Petra Gössi sorgte vor
den Sommerferien für etwas
Aufregung. Die FDP-Präsi-
dentin setzte sich in die Nessel-
n, als sie den 70-Franken-AHV-
Zustupf mit Verweis auf die Ren-
ter im Ausland kritisierte. Diese
würden in der Schweiz weder
Steuern bezahlen noch consu-
mieren, und jetzt vergolde man
ihnen auf Kosten der nächsten
Generation den Ruhestand.
Gössi leistete öffentlich Abbitte
für die kommunikative Panne.

Jetzt hat auch das Befürworter-
lager seinen Gössi-Moment.
Bundesrat Alain Berset, das
Gesicht der Reform, begibt sich
mit erhobenem Mahnfinger
aufs Glatteis: Bei einem Nein,
warnt der Innenminister die
junge Generation, erhalte sie
vielleicht einmal gar keine AHV-
Rente mehr. Die AHV-Kasse
werde sich unerbittlich leeren.

Die Schwarzmalerei ist deplatziert.
Zum einen rutscht die
AHV auch mit der Reform
schon in wenigen Jahren in die
roten Zahlen. Zum anderen
sendet der Bundesrat das Signal
aus, die Politik sei nach einem
Nein handlungsunfähig, die
AHV dem Tod geweiht. Wes-
halb sollten die Jungen von
heute in ein Sozialwerk mit
solch desaströsen Perspektiven
überhaupt noch einzahlen?

Erst vor kurzem hat Bersets
Bundesratskollege Ueli Maurer
gegarnt, er müsse bei einem
Nein zur Unternehmenssteuer-
reform III umgehend ein mil-
liardenschweres Sparpaket
aufgleisen. Das Volk liess sich
von der angeblichen Alternativ-
losigkeit der Vorlage aber nicht
beeindrucken. Dies belegt:
Drohungen können in der
Politik kontraproduktiv sein.
Berset hätte das wissen können.



Kari Kälin
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Gefragte Produkte aus dem Entlebuch

Wertschöpfung Seit 16 Jahren
werden unter dem Namen «Echt
Entlebuch» Produkte verkauft,
welche ausschliesslich in der Bio-
sphäre Entlebuch hergestellt wer-
den. Der Erfolg kann sich unter-
dessen sehen lassen. Denn die
Marke «Echt Entlebuch» gene-
riert zwei Studien zufolge eine
Wertschöpfung von 5,8 Millionen
Franken pro Jahr, was etwa
66 Arbeitsplätzen entspricht.
463 zertifizierte Artikel werden
aktuell in der Region produziert.

Neue Produkte geplant

Für den Erfolg brauchte es Zeit.
Die Marke konnte sich nicht von
heute auf morgen etablieren, wie
René Epp, Geschäftsleiter der
Biosphäre Markt AG, weiss. Nun
sei «Echt Entlebuch» allerdings
zu einer glaubwürdigen Marke
gereift. Ziel sei es, sie in den
nächsten Jahren noch bekannter
zu machen. Auch solle die Pro-
duktpalette weiter ausgebaut
werden. (red) 22

Hotels machen im ersten Halbjahr bessere Geschäfte

Tourismus In den Schweizer Hotels übernachteten mehr
Gäste. In Luzern liegt die Zunahme über dem Schnitt.

Die Zahl der Hotel-Logiernächte
stieg von Januar bis Juni um
4,4 Prozent. Für den Anstieg
sorgten die Schweizer (+4) und
die ausländischen Gäste (+4,7)
gleichermassen. Bei Letzteren
gaben die Gäste aus Asien den
Ausschlag, die wegen Terroräng-
sten und umständlicheren Visa-
bestimmungen noch vor einem Jahr
zurückhaltend gebucht hatten.

In der Zentralschweiz (ohne
Zug) legten die Hotelbuchungen
im ersten halben Jahr um 2,1 Pro-
zent zu. In der Stadt Luzern lag
die Zunahme bei 5,6 Prozent.
Auch rund um den Vierwaldstät-
tersee sorgten die asiatischen
Gäste für Musik, die Zahl der
indischen Reisenden nahm um
mehr als einen Fünftel zu. Bei
Luzern Tourismus stellt man ein
verändertes Reiseverhalten der
Chinesen und Inder fest. «Ein
wachsender Teil von ihnen reist



Der Luzerner Tourismusdirektor
Marcel Perren.

Bild: Philipp Schmidli

individuell in kleinen Gruppen»,
sagt Direktor Marcel Perren.

Die Zunahme des Individual-
tourismus gibt den Luzerner Ho-
teliers mehr Spielraum beim Pri-
cing, die durchschnittlichen
Übernachtungspreise sind 2016
leicht gestiegen. (rr) 7

Standort Schweiz hat an Zugkraft verloren

Arbeitsplätze Immer weniger ausländische
Firmen ziehen in die Schweiz.

Vor elf Jahren noch siedelte die
Schweiz jährlich über 500 aus-
ländische Firmen im Land an; im
vergangenen Jahr waren es nur
noch die Hälfte. Standortförderer
machen für den Rückgang unter
anderem den internationalen
Standortwettbewerb verantwort-
lich, der sich seit der Finanzkrise
verschärft hat.

Eine Mitverantwortung trü-
gen aber auch gewisse Volksent-
scheide im Inland wie jener zur
Masseneinwanderungs-Initiative,
der den Zugang zum europäi-
schen Binnenmarkt in Frage ge-
stellt und damit potenzielle In-
vestoren verunsichert habe.

Zum Teil gewollter Rückgang

Als Reaktion auf die intensive
Zuwanderungsdebatte hat die
Standortförderung auch ihre
Strategie angepasst. Seit einigen

Jahren konzentriert sich die
Standortpromotion von Bund
und Kantonen auf innovative,
wertschöpfungsintensive Bran-
chen wie IT, Biowissenschaften
oder Maschinenbau.

Leo Müller mahnt zur Vorsicht

Der Luzerner CVP-Nationalrat
Leo Müller unterstützt die Foku-
sierung auf hochwertige Ansied-
lungen. «Wir können nicht die
Einwanderung und den Kultur-
landverlust beklagen und gleich-
zeitig wahllos Firmen in die
Schweiz holen», sagt der Wirt-
schaftspolitiker. Er sieht in der
rückläufigen Zahl der Ansied-
lungen aber auch ein Alarmzeichen.

Die Schweiz müsse aufpas-
sen, dass sie politisch verlässlich
bleibe, sagt er. Sie dürfe sich an-
gesichts des Wohlstands nicht zu-
rücklehnen. (rob) 4

Berset droht mit Totalausfall bei der AHV

Reform Auch die junge Generation profitiere von der neuen Altersvorsorge. Bei einem Nein würden sich die Kassen unerbittlich leeren, sagt Bundesrat Alain Berset. Die Gegner der Reform taxieren dessen Drohung als inhaltlich falsch.

Kari Kälin

Schlecht gedroht ist halb verloren: Das erfuhr im Februar Ueli Maurer (SVP). Das Volk lehnte die Unternehmenssteuerreform (USR) III ab, obwohl der Finanzminister vor dem Verlust Tausender Arbeitsplätze gewarnt und ein milliardenschweres Sparpaket angekündigt hatte. Die Liste kontraproduktiver Mahnungen liesse sich verlängern (siehe Zweittext).

Begibt sich jetzt auch Alain Berset (SP) aufs Glatteis? Dass die jüngere Generation zu den Verlierern der Reform der Altersvorsorge gehört, ist bekannt (Ausgabe vom 4. August). In einem gestern publizierten Interview wollte der «Tages-Anzeiger» wissen, wie der Innenminister einen unter 45-Jährigen trotzdem davon überzeugen wolle. Darauf drohte Berset mit einem Totalausfall der AHV-Rente: «Wenn ihr Nein stimmt, könnt ihr nicht sicher sein, dass ihr noch eine AHV-Rente bekommt. Denn die Kassen werden sich langsam, aber unerbittlich leeren.» Er sagte dieser Generation ganz klar: «Diese Vorlage ist ein Fortschritt für euch.»

Die Reform der Altersvorsorge, über die das Volk am 24. September entscheidet, sieht unter anderem höhere Lohn-



Abstimmung
24. September
Rentenreform

abgaben und Mehrwertsteuern, eine Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule und ein Zustupf von 70 Franken in der AHV vor. Das Frauenalter soll von 64 auf 65 Jahre angehoben werden.

Damian Müller: «Die Fakten sprechen nicht für die Reform»

Die AHV schreibt schon heute rote Zahlen. Auch mit der Reform resultiert laut dem Bund ab 2027 ein Defizit (siehe Grafik). Für Damian Müller sind Betsers Aussagen Augenwischerei. «Auch wenn das Volk Ja sagt, müssen wir in fünf Jahren die nächste Reform aufgleisen, weil die Finanzierung der Altersvorsorge nicht nachhaltig gesichert ist», sagt der 32-jährige Luzerner FDP-Ständerat. Berset habe gemerkt, dass die Fakten nicht für die Reform sprechen würden. «Deshalb flüchtet er sich jetzt in Drohungen», sagt Müller. Man müsse die jetzige Vor-



Bundesrat Alain Berset eckt mit seinen Aussagen zur Rentenreform an.

Bild: Anthony Anex/KEY (Bern, 14. Dezember 2016)

lage ablehnen, um den Weg für eine zukunftsweisende Reform zu ebnen. «Drohungen sind immer schlecht, man muss das Volk mit sachlichen Argumenten überzeugen», sagt FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter (SG). Die Sozialpolitikerin hält Betsers Aussage inhaltlich für falsch. «Er hätte sagen müssen, dass das Loch in der AHV wegen des Rentenzuschlags von 70 Franken grösser wird, wenn die Babyboom-Generation das Rentenalter erreicht.» Die jungen Familien würden höhere Abgaben entrichten, ohne dass sie – anders als die Beitragszahler ab 45 Jahren – eine Besitzstandswahrung erhielten. Andri Silberschmidt, Präsident der Jungfreisinnigen, findet derweil, es gehöre sich für einen Bundes-

rat nicht, Drohungen auszusprechen. «Er muss, egal wie das Abstimmungsergebnis ausfällt, versuchen, das Beste für unser Land herauszuholen.»

Der AHV-Fonds schmilzt weg

Wie beurteilen die Befürworter der Reform Betsers Aussage? Beat Jans ist Basler Nationalrat und SP-Vizepräsident. Im Vorfeld der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III kritisierte er Maurers Mahnungen scharf. Die SVP kündige immer krassere Sparprogramme an, sagte er gegenüber der «NZZ am Sonntag». Und: «Dies ist nur ein weiterer Erpressungsversuch.» Bei Berset fällt Jans ein ganz anderes Urteil. «Seine Aus-

sagen basieren auf unbestrittenen Berechnungen. Man weiss, dass der AHV-Fonds in wenigen Jahren leer ist, wenn die Reform der Altersvorsorge scheitert», sagt Jans. Dies sei ein entscheidender Unterschied zur Argumentation der Befürworter der USR III. «Deren Drohkulisse fusste auf der Vermutung, Unternehmen würden abwandern und es entstünden deshalb Steuerausfälle in Milliardenhöhe. «Das zu behaupten, war nicht seriös», sagt der SP-Vizepräsident.

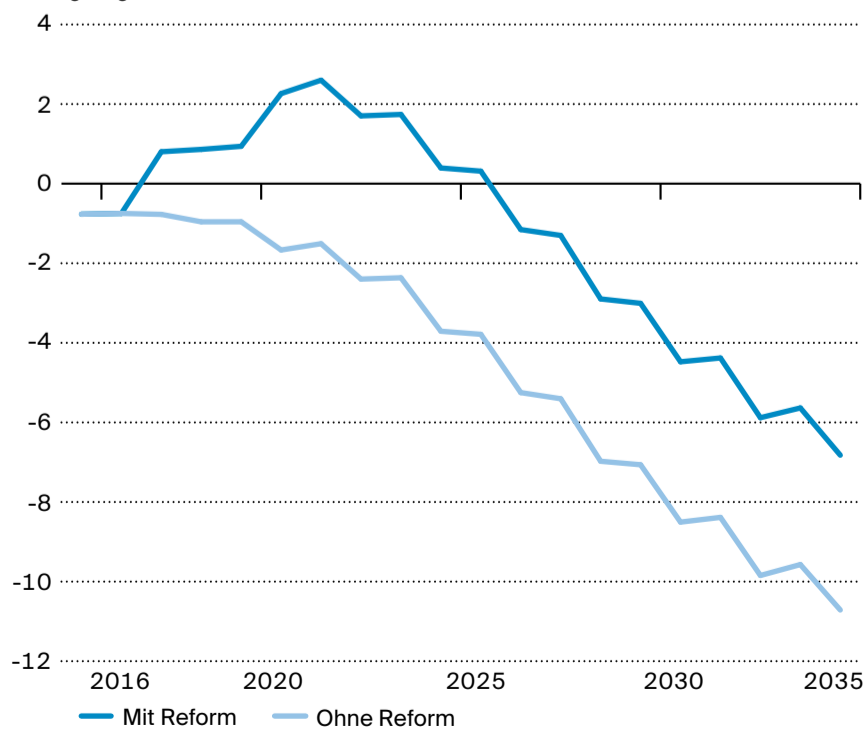
Anders als bei der USR III glaubt Jans nicht, dass bei einem Nein zur Altersvorsorge 2020 schnell eine Ersatzlösung parat wäre. «Die Alternative wären tiefere Renten oder ein höheres Rentenalter. Das ist nicht mehrheitsfähig.» Auch der

Luzerner Nationalrat Louis Schelbert (Grüne) taxiert Betsers Einschätzungen nicht als Drohung, sondern als Wiedergabe der Realität. «Die junge Generation wird mit der Altersreform nicht benachteiligt, weil die Renten damit länger gesichert sind.»

Laut Berechnungen des Bundes ist der AHV-Fonds (derzeit 44,6 Milliarden Franken) ohne Reform bis 2031 komplett aufgebraucht. Mit den Neuerungen wäre er zu diesem Zeitpunkt mit 53,8 Milliarden Franken ausgestattet. Die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel findet es richtig, «dass Berset die Risiken eines Neins aufzeigt». Nach 20 Jahren Reformstau brauche es einen Schritt zur Sicherung der Altersvorsorge.

Finanzielle Perspektiven der AHV

Umlageergebnis* der AHV in Milliarden Franken



*Das Umlageergebnis ist die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der AHV.

Quelle: BSV/Grafik: dem

Die heisse Luft der Bundesräte

Abstimmungen Alain Berset ist nicht der Erste: Auch andere Bundesräte haben vor Urnengängen den Mahnfinger erhoben. In den folgenden Fällen entpuppte sich dies als leere Drohung.

Rechnerin Leuthard

Das Volk habe die Wahl zwischen einer teureren Autobahnvignette und einem höheren Benzinpreis. So die Ansage von Verkehrsministerin Doris Leuthard im Vorfeld der Abstimmung über die Erhöhung des Vignettenpreises von 40 auf 100 Franken vom November 2013. Bei einem Nein bleibe dem Bund nichts anderes übrig, als den Benzinpreis um 6 Rappen pro Liter anzuheben, um das Nationalstrassennetz zu finanzieren. Kurz vor dem Urnengang präsentierte der Bundesrat eine neue Rechnung. Nun war gar von einem Preisanstieg von 9 Rappen die Rede. Dies zusätzlich zu einer bereits geplanten Erhöhung von bis zu 15 Rappen. Es drohte folglich eine Preiserhöhung von 24 Rappen. Doch die Drohung verfehlte ihre Wirkung, Leut-

hard erlitt eine ihrer wenigen Abstimmungsniederlagen. Und der Benzinpreis? Dieser wurde bisher um lediglich 4 Rappen angehoben.

Wiederholungstäter Maurer

Finanzminister Ueli Maurer warnte vor der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III Anfang dieses Jahres nicht nur vor den Folgen eines Neins – er stellte für diesen Fall auch eine rasche und weitreichende Reaktion in Aussicht: «Bei einem Nein gleise ich am nächsten Tag ein Sparprogramm über mehrere Milliarden auf für die nächsten Jahre.» Die Reform erlitt Schiffbruch, die angedrohte Sofortreaktion Maurers blieb allerdings aus. Inzwischen ist eine überarbeitete Vorlage aufgegleist. Schon in seiner Zeit als Verteidigungsminister hatte sich Maurer vor einer Abstimmung mit einer Aussage in die Nesseln gesetzt: Lehne das Volk den Kauf von 22 Gripen-Kampffjets ab, «dann gibt es keine 24-Stunden-Bereitschaft». Es bleibe also bei der Einsatzbereitschaft nur zu Büro-

zeiten. Dass der Gripen bei der Abstimmung im Mai 2014 abstürzte, tat dem Ausbau des Luftpolizeidienstes aber keinen Abbruch: Ab Ende 2020 sollen zwei Jets rund um die Uhr einsatzbereit sein.

Untergangsprophet Delamuraz

Der damalige Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz malte 1992 vor der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ein düsteres Bild: Im Falle eines Neins steige die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2000 auf 20 Prozent. In Tat und Wahrheit lag die Quote im Jahresdurchschnitt seither bei höchstens 5,2 Prozent, unmittelbar nach der Jahrtausendwende sogar bei unter 2 Prozent. Delamuraz war nicht der einzige, der irrte: Der damalige Staatssekretär Franz Blankart hatte prognostiziert, die Schweiz werde Brüssel nach fünf Jahren Alleingang «auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen».

Tobias Bär